

# KUBA – ALLES UNTER KONTROLLE

## EINFÜHRUNG

Die vergangenen Jahre waren eine bittersüße Zeit für diejenigen, die gehofft hatten, dass die kubanischen Behörden ihre vehementen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Kuba lockern würden. Hochrangige Besuche durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und Papst Franziskus im Jahr 2015 sowie des UN-Sonderberichterstatters über Menschenhandel (insbesondere den Frauen- und Kinderhandel) und des Unabhängigen Experten der UN für Menschenrechte und internationale Solidarität im Jahr 2017 schienen Vorboten für größere politische Offenheit und gaben Anlass zur Hoffnung, dass Kuba sich zukünftig mehr für internationale Organisationen zur Beobachtung der Menschenrechtslage öffnen würde. Ein Tourismusboom, die Zunahme von WLAN-Hotspots und der erstmalige Auftritt der Rockband Rolling Stones (ausländische Rockmusik galt in Kuba jahrzehntelang als subversiv) waren weitere kleine Zeichen für eine mögliche Lockerung des streng kontrollierten Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kuba und den USA im Dezember 2014, der ein Besuch von Präsident Obama im Jahr 2016 folgte, deuteten auf ein mögliches Ende des Wirtschaftsembargos hin, das seit Jahrzehnten die aus Zeiten des Kalten Krieges stammende Wir-gegen-sie-Rhetorik fortbestehen lässt und den Genuss wirtschaftlicher und sozialer Rechte durch die kubanische Bevölkerung untergräbt.<sup>1</sup>

Dieser Optimismus steht im harschen Kontrast zur gegenwärtigen Realität.

Nur Stunden vor der Ankunft Präsident Obamas auf Kuba wurden Dutzende Aktivist\_innen und unabhängige Journalist\_innen inhaftiert.<sup>2</sup> In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem US-Präsidenten leugnete Präsident Raúl Castro rundweg die Existenz von „politischen Gefangenen“ in Kuba.<sup>3</sup> Dabei berichtete eine nationale Menschenrechtsorganisation, die von den kubanischen Behörden jedoch nicht anerkannt wird, von durchschnittlich 762 politisch motivierten und willkürlichen Inhaftierungen pro Monat im Zeitraum 2014–2016.<sup>4</sup>

Menschenrechtsanwält\_innen der Organisation Cubalex wurden schikaniert und eingeschüchert<sup>5</sup>, obwohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission Maßnahmen angeordnet hatte, um das Leben, die persönliche Integrität und die Arbeit dieser Personen in ihrer Funktion als Menschenrechtsverteidiger\_innen zu schützen.<sup>6</sup> Im Mai 2017 erhielten mindestens zwölf Mitglieder von Cubalex Asyl in den USA, nachdem die kubanischen Behörden gedroht hatten, im Zusammenhang mit einer Steuerprüfung Strafverfahren gegen diese Personen einzuleiten.

Das Komitee zum Schutz von Journalisten hat in seiner Liste der Länder mit der strengsten Zensur Kuba im Jahr 2015 auf Platz zehn gesetzt und die Gesetze zu Meinungs- und Pressefreiheit des Landes als die restriktivsten in ganz Amerika eingestuft.<sup>7</sup> Die offiziellen Medien bleiben weiterhin stark zensiert und im Informationsumfang begrenzt. Es ist zwar eine breite Palette unabhängiger Internetmedienprojekte entstanden<sup>8</sup>, alternative Online-Nachrichtenquellen agieren jedoch in einem Rechtsvakuum, wodurch Journalist\_innen und andere Medienschaffende dem Risiko von Schikanen und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Zudem werden ihre Websites oftmals von den kubanischen Behörden blockiert.<sup>9</sup>

Anfang 2017 kam es zum Universitätsverweis einer Journalismusstudentin, die Berichten zufolge aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Gruppe Somos+, die von den Behörden als Organisation von Dissident\_innen angesehen wird, die Hochschule verlassen musste. Dieser Fall fand sowohl international als auch in unabhängigen kubanischen Medien große Beachtung. Presseberichten zufolge bezeichnete einer der bekanntesten Sänger Kubas, Silvio Rodríguez, den Verweis als „Ungerechtigkeit“ sowie als „tollpatschig und dumm“.<sup>10</sup>

---

<sup>1</sup> Amnesty International, *The US Embargo Against Cuba: Its impact on economic and social rights*, (Index: AMR 25/007/2009).

<sup>2</sup> *New York Times*, 'As Obama Arrives, Cuba Tightens Grip on Dissent,' 20 March 2016, available at: [www.nytimes.com/2016/03/21/world/americas/cuba-obama-visit-havana-dissidents.html](http://www.nytimes.com/2016/03/21/world/americas/cuba-obama-visit-havana-dissidents.html)

<sup>3</sup> Washington Post, 'Castro denies Cuba has political prisoners, demands list', 21 March 2016, Available at: [www.washingtonpost.com/video/world/castro-denies-cuba-has-political-prisoners-demands-list/2016/03/21/f38afede-ef9a-11e5-a2a3-d4e9697917d1\\_video.html?utm\\_term=.864db38ff92c](http://www.washingtonpost.com/video/world/castro-denies-cuba-has-political-prisoners-demands-list/2016/03/21/f38afede-ef9a-11e5-a2a3-d4e9697917d1_video.html?utm_term=.864db38ff92c)

<sup>4</sup> Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional, 'Cuba: Algunos Actos de Represión Política en el mes de Julio de 2017'.

<sup>5</sup> Amnesty International, *Urgent Action: Human Rights Lawyers Under Threat*, (Index: AMR 25/5156/2016); IACHR, 'IACHR Concerned over Treatment of Human Rights Defenders in Cuba', 6 September 2016.

<sup>6</sup> MC 96/15 - Miembros del Centro de Información Legal Cubalex, Cuba AMPLIACIÓN, Available at: [www.oas.org/es/cidh/decisiones/cautelares.asp](http://www.oas.org/es/cidh/decisiones/cautelares.asp)

<sup>7</sup> Committee to Protect Journalists, 'Connecting Cuba; More Space for Criticism but Restrictions Slow Press Freedom Progress', New York, 2016, p.11, available at: [www.cpi.org/reports/2016/09/connecting-cuba-internet-bloggers-press-freedom-criticism.php](http://www.cpi.org/reports/2016/09/connecting-cuba-internet-bloggers-press-freedom-criticism.php) (hereinafter: 'CPJ, Connecting Cuba', 2016).

<sup>8</sup> T. Henken, 'Cuba's Digital Millennials: Independent Digital Media and Civil Society on the Island of the Disconnected', *Social Research: An International Quarterly*, Volume 84, No. 2, Summer 2017, pp.429-456.

<sup>9</sup> Amnesty International, *Cuba's Internet paradox: How controlled and censored Internet risks Cuba's achievements in education*, 29 August 2017.

<sup>10</sup> BBC Mundo, 'Me expulsaron por no comulgar con las ideas comunistas': Karla María Pérez, la estudiante de periodismo a la que echaron de una universidad en Cuba por ser de un grupo disidente', 19 April 2017, available at: [www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-39647951](http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-39647951)

Im Juni 2017 leitete die neue US-Regierung unter Präsident Trump eine Kursänderung hinsichtlich der politischen Rhetorik der USA gegenüber Kuba ein<sup>11</sup>, die fast einer Kehrtwende gleichkommt und die Wahrscheinlichkeit verringert, dass der US-Kongress das gegen Kuba bestehende Wirtschaftsembargo aufheben wird. Trotz der Lockerung einiger Beschränkungen durch die Vorgängerregierung Obamas, die den Reiseverkehr und Geldüberweisungen zwischen den zwei Ländern erleichterten, und der jährlich wiederkehrenden Forderung seitens einer Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten zur Aufhebung der Sanktionen, bleibt das Embargo bestehen. Amnesty International hat immer wieder empfohlen, das US-Embargo aufzuheben, da es sich negativ auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der kubanischen Bevölkerung auswirkt.<sup>12</sup>

Eine kürzlich von der Universität Chicago durchgeführte Studie ergab, dass viele Kubaner\_innen „das Gefühl haben, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation auf der Stelle zu treten“. <sup>13</sup> Nur wenige Menschen erwarten eine baldige Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen, und 46 % der Befragten bezeichnen sich als arm oder sehr arm. Zweifellos wirkt sich auch die anhaltende Wirtschafts-<sup>14</sup> und Menschenrechtskrise in Venezuela auf Kubas schwache Wirtschaft aus, denn das Land hat Kuba in den vergangenen Jahren umfangreiche ökonomische Hilfe bereitgestellt.

Die außergewöhnlich niedrigen Löhne – der monatliche Durchschnittslohn liegt bei 27 US-Dollar – reichen nicht aus, um die Grundbedürfnisse zu decken.<sup>15</sup> Trotz des staatlichen Systems zur Nahrungsmittelrationierung hat die normale Bevölkerung Kubas zu kämpfen und ist auf Zweitjobs im informellen Sektor und Geldüberweisungen von im Ausland lebenden Familienangehörigen angewiesen.<sup>16</sup>

Im Juli 2017 erklärte der Generalsekretär der einzigen offiziell anerkannten Gewerkschaft des Landes, des Zentralen Gewerkschaftsbundes Kubas (Central de Trabajadores de Cuba), in einem Interview, dass die Durchschnittslöhne nicht ausreichen, um die Grundbedürfnisse der Arbeiter\_innen zu decken und aus diesem Grund zu „Gleichgültigkeit am Arbeitsplatz, Desinteresse und erheblicher Arbeitsmigration“ führen. Seinen Aussagen zufolge wird das Thema von den Entscheidungsträger\_innen erörtert.

Viele der für diesen Bericht interviewten Kubaner\_innen äußerten Amnesty International gegenüber, dass Kuba in ihren Augen durch die kostenlose Gesundheitsversorgung und den Zugang zu Bildung wichtige Fortschritte in Sachen Menschenrechte gemacht hat, und dass sie zudem zufrieden über die niedrige Rate organisierter Kriminalität im Land sind. Viele beschrieben aber auch das tagtägliche Ringen bei der schwierigen Entscheidung zwischen Lebensmitteln oder Kleidung für ihre Familien.

Die von Amnesty International befragten Menschen sagten aus, dass die Lebensmittelrationen, die zunehmend reduziert wurden, nicht für den gesamten Monat reichen. Auch wenn die Bildungsangebote kostenlos sind, haben viele Kubaner\_innen Schwierigkeiten, ihren Kindern die für den Schulbesuch notwendigen Utensilien wie Schuluniformen, Rucksäcke und andere Dinge zu kaufen. So erklärte eine der Befragten, eine Verwaltungskraft einer staatlichen Lebensmittelfabrik, dass sie 20 US-Dollar pro Monat verdiente, die Schuhe für ihr Kind jedoch leicht 30 US-Dollar kosten könnten. Viele der interviewten Personen gaben an, gegen das Gesetz verstoßen zu müssen, um über die Runden zu kommen. Dieselbe Verwaltungskraft erklärte, dass sie im Rahmen ihrer Tätigkeit sicherstellen musste, dass die Arbeiter\_innen kein Brot oder andere zum Überleben notwendige Grundnahrungsmittel stahlen.

Der Tod des Ex-Präsidenten Fidel Castro im November 2016 und die Ankündigung seines Amtsnachfolgers Raúl Castro über seinen für 2018 geplanten Rücktritt sorgen in den Kommentarspalten nach wie vor für reichlich Spekulationen in Hinblick auf Kubas Zukunft. Während das Thema Kuba in politischen Kreisen und internationalen Nachrichtenredaktionen weiterhin heiß diskutiert wird, verlassen Zehntausende Kubaner\_innen das Land. Die individuellen Gründe dieser Menschen mögen sehr unterschiedlich sein, aber folgende Erklärungen tauchen immer wieder auf: Enttäuschung über die veränderte internationale Diplomatie Kubas, mangelndes Vertrauen in ein Ansteigen der Löhne<sup>17</sup> und Skepsis hinsichtlich der Annahme, dass eine Post-Castro-Regierung Maßnahmen ergreifen wird, um das enge Netz zur Kontrolle der Meinungsfreiheit zu lösen. Die von Amnesty International mit kubanischen

---

<sup>11</sup> BBC, 'Trump partially rolls back Obama's Cuba thaw', 16 June 2017, available at: [www.bbc.com/news/world-us-canada-40309598](http://www.bbc.com/news/world-us-canada-40309598)

<sup>12</sup> Amnesty International, *The US Embargo Against Cuba: Its impact on economic and social rights*, (Index: AMR 25/007/2009) documents the detrimental impact of the US embargo on the efforts by UN agencies and programmes supporting the Cuban government in the progressively realization of economic and social rights and particularly how trade and financial sanctions affect the provision of health care in Cuba.

<sup>13</sup> NORC at the University of Chicago, 'A Rare Look Inside Cuban Society: A New Survey of Cuban Public Opinion', 2017, p.2.

<sup>14</sup> See Ricardo Torres Pérez, 'Updating the Cuban Economy: The First 10 Years', *Social Research: An International Quarterly*, Volume 84, No. 2, Summer 2017, pp.268 and 271; also Associated Press, 'Cuba weathers storm in Venezuela but future looks uncertain', 26 April 2017.

<sup>15</sup> According to ECLAC, "Although there were nominal increases and several measures were taken to improve salaries, in real terms, in 2010 salaries were 27% of the 1989 level and the complementary safety net had deteriorated, therefore it is officially recognized that current wages are insufficient to cover basic needs." See C. Mesa-Lago, 'Social Protection Systems in Latin America and the Caribbean: Cuba,' Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC), 2013, p.42 (hereinafter: C. Mesa-Lago, *Social Protection Systems in Latin America and the Caribbean: Cuba*); Also see G. Thale and C. Boggs, 'Labour Rights and Cuba's Economic Reform', WOLA, p.2.

<sup>16</sup> According to ECLAC: "Despite low and declining salaries, cuts in rationing and price increases, part of the population manages to cover basic needs because they have other sources of income: foreign remittances received by 65% of the population; payments in foreign currency to employees of enterprises with foreign investment; legal or illegal income of the selfemployed; lunches provided in work and school canteens (although the former have been eliminated and the latter reduced); and theft of State goods for sale or personal use. In addition, most people have their own housing, and education and health continue to be free." See C. Mesa-Lago, *Social Protection Systems in Latin America and the Caribbean: Cuba* p.16.

<sup>17</sup> According to the National Office of Statistics and Information of the Republic of Cuba the average salary in 2015 was 687 pesos per month (approximately USD25). See Oficina Nacional de Estadística e Información, República de Cuba, 'Salario medio en Cifras: Cuba 2015', April 2016. More recent news reports place the average monthly salary at 740 pesos (approximately USD27 per month). See Cubadebate, 'El salario medio en Cuba crece a 740 pesos (+ Infografía)', 30 June 2017, available at: [www.cubadebate.cu/noticias/2017/06/30/ha-crecido-el-salario-medio-en-cuba-infografia](http://www.cubadebate.cu/noticias/2017/06/30/ha-crecido-el-salario-medio-en-cuba-infografia). See also G. Thale and C. Boggs, 'Labour Rights and Cuba's Economic Reform,' WOLA, p.2.

Migrant\_innen geführten Interviews unterstreichen diese weit verbreiteten und tief sitzenden Zweifel in Bezug auf die Möglichkeit eines strukturellen Wandels.

Dieser Bericht untersucht Beschränkungen der Meinungsfreiheit, die in Kuba trotz einer behaupteten politischen Öffnung, eines Tourismusbooms und eines sich verändernden Wirtschaftskontexts weiterhin bestehen. Er basiert auf Recherchen, die zwischen Dezember 2016 und September 2017 durchgeführt wurden, wobei festzuhalten ist, dass der begrenzte Zugang, den Amnesty International zu Kuba hat, eine erhebliche Einschränkung bei der Erstellung einer Analyse der Menschenrechtslage im Land darstellt.<sup>18</sup>

Die für diesen Bericht mit zahlreichen Kubaner\_innen geführten Interviews ermöglichen es Amnesty International, die Auswirkungen der seit 50 Jahren anhaltenden starken Beschränkungen der Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu bestimmen, die breite Bevölkerungsschichten betreffen. Das Versäumnis der Behörden, diese Rechte zu respektieren und zu gewährleisten, hat Konsequenzen, die weit über die wegen ihres Aktivismus und ihrer Ansichten ins Visier geratenen Personengruppen hinausgehen und zudem die Alltagserfahrungen und Hoffnungen von Menschen aller sozialen Schichten durchdringen. Dieser Bericht konzentriert sich auf diese Art der weiter reichenden Auswirkungen und auf die von betroffenen Personen hinsichtlich der Menschenrechtslage gewünschten Fortschritte.

In einer Zeit, in der sich das Land auf die Wahlen 2018 vorbereitet, unterstreichen die im Zentrum dieses Berichts stehenden Stimmen verschiedener Kubaner\_innen die Notwendigkeit von Behördenseite durchzuführender Reformen zur Achtung und zum Schutz der Menschenrechte. Dazu gehört auch eine Überprüfung des Strafrechts und entsprechender Verfahrensweisen, die nicht mit den internationalen Menschenrechtsnormen und -standards übereinstimmen und die Meinungsfreiheit auf unzulässige Weise einschränken. Außerdem betonen diese Stimmen die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Arbeitsnormen durch die Behörden, zu denen Kuba aufgrund der Ratifizierung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) verpflichtet ist. Der Bericht schließt mit einer Reihe von Empfehlungen, in denen die Behörden aufgefordert werden, die unrechtmäßigen Beschränkungen dieser Rechte zu beenden – und zwar nicht nur im Hinblick auf Personen, die ohne rechtsstaatliches Verfahren ihrer Freiheit beraubt werden, sondern auch für diejenigen, die das Gefühl haben, dass ihre Gedanken und ihr Geist eingesperrt sind und ihr Leben verkümmert, weil man ihnen das Recht zur freien Meinungsäußerung vorenthält.

---

<sup>18</sup> Amnesty International has an internal policy of not accessing countries, in most circumstances, without authorization from the government.